

Veröffentlicht in KONKRET 2/2018

### **„Ein Toter führt uns an.“\*) Österreich im Jubiläumsjahr**

In Elias Canettis Theaterstück „Komödie der Eitelkeit“ – es handelt von einem autoritären Land, in dem Spiegel und Porträts von Menschen verboten sind und Zuwiderhandeln die Todesstrafe nach sich zieht – gibt es die Figur des Fant, ein Pomadenhengst und Stutzer, der über die Bühne tänzelt und die anderen Protagonisten verklärt und ratlos zurückläßt. Das Stück wurde 1933/34 unter dem Eindruck der Bücherverbrennungen verfasst, es gilt mehr als Lesestück denn als bühnentauglicher Text. Einzig Hans Hollmann gelang 1978 in Basel eine brauchbare Inszenierung (die auch in Wien zu sehen war). In diesen Tagen, da sich die Ausrufung der Ersten Republik zum hundertsten Mal und der Einmarsch der Naziwehrmacht in Österreich zum achtzigsten Mal jährt, erlebt das Land eine Neuaufführung. Ein einunddreißigjähriger Kanzler mit pomadigem Haar, hölzernen Phrasen und stereotypen Gesten hat das Land in seinen Bann geschlagen. Das Stück „Sebastian Kurz oder wie ich mir die Welt zurechthobte“ handelt von einem Alpen- und Donaustaat, in dem unter den Jubelrufen des Wahlvolks jegliche Opposition abgeschafft ist. Dieses Mal braucht die Wehrmacht sich nicht über Landstraßen zu quälen, die von Kanzler Kurz vorgenommene Übergabe des gesamten Sicherheitsapparats mit Innen- und Verteidigungsministerium einschließlich der Geheimdienste an die Alt- und Jungnazis der FPÖ sorgt dafür, daß noch der letzte burschenschaftliche Saufkopf mit einem Sondervertrag in ein Ministerkabinett wechselt.

Die am Boden zerstörte Restlinke trifft sich einstweilen bei Fußballspielen der obersten heimischen Liga – mangels Zusehern kann man sich dort

ungestört austauschen – sowie in versteckten Heurigen und konspirativen Hofratswohnungen. Die sozialdemokratische Linke fragt sich, wie es sein kann, daß ein antifaschistischer Bundespräsident eine Regierung mit Urenkeln von Austrofaschisten und Nazis angelobt. Die kleinste Fraktion der Restlinken, jene der militanten Realisten, treibt eine andere Frage um: Steckt hinter dem *power grabbing* der Rechten nur ein besonders heftiger Pendelausschlag innerhalb eines herrschenden Betriebs oder drücken Vorbereitung, Umfang und Wucht der Machtergreifung einen seit 1933/34 nicht mehr erlebten Umsturz des gesamten vorstaatlichen, staatlichen und politischen Systems aus? Ein kleiner Überblick soll helfen, diese Frage zu beantworten.

Sie werde auf verstärkte Eigenverantwortung der Arbeitssuchenden drängen, verkündet die neue Sozialministerin Hartinger-Klein (FPÖ). Sie befürworte stärkere Sanktionen. Hartz IV werde es in Österreich aber nicht geben, denn das können wir besser.

Unter den hunderten Maßnahmen zur Förderung des heimischen Großkapitals wird besonders die Versicherungswirtschaft verwöhnt. Sie freut sich über den Ausbau der privaten Altersvorsorge und mahnt durch Andreas Zakostelsky eine rasche Umsetzung ein. Der Herr Kommerzialrat ist nicht irgendwer, er hält Dutzende Posten und Funktionen – auch als Generaldirektor – im Raiffeisensektor und war bis vor kurzem Nationalratsabgeordneter der ÖVP, an einer vollständigen Aufzählung all seiner Funktionen sind schon größere gescheitert.

Hartwig Löger wechselte von der Raiffeisenspitze auf den Posten des Finanzministers. Der Absolvent des Stiftsgymnasiums Admont verordnet eine Senkung der Körperschaftsteuer für Unternehmen, weitere „restriktive Einsparungen“ werden folgen. Was die Schulden anlangt – die entstanden, als die Steuerzahler für kriminelle Banken (unter ihnen die Kärntner Hypo

Jörg Haider) blechen mußten –, werden die Staatsbürger weiter zur Kasse gebeten, denn es ist “ein noch stärkerer Notwendigkeitsansatz da, als ich ihn vorher von außen gesehen hätte.“ Eine weitere intellektuelle Leuchte, Wirtschaftsministerin Schramböck, parteilos, von der ÖVP nominiert, beschenkt die Unternehmerschaft mit dem 12-Stunden Tag für Beschäftigte und der Hotellerie widmet sie eine Senkung der Einkommenssteuer sowie eine Verkürzung der Nachtruhe des Personals von 11 auf 8 Stunden. Die 400.000 Euro, die KTM-Chef Pierer dem wahlkämpfenden Sebastian Kurz überwiesen hat, sind gut angelegt.

Die FPÖ kann mit ihren Ressorts beim Feuerwerk von kapitalfreundlichen Maßnahmen schwer mithalten. Zwar liest sich ihr Wirtschaftsprogramm wie ein Wunschzettel der Industriellenvereinigung, ihre Wählerbasis hat von einer Senkung der Unternehmenssteuern wenig; im hohen Ausmaß wird sie aber den Sozialabbau am eigenen Leib erfahren. Also streut die FPÖ Placebos: Erhöhung der Abschlußquoten für Kormorane, Fischotter (Fischerlobby), Wölfe und Bären (Jägerlobby), Aussetzung des bereits akkordierten Rauchverbots in Lokalen, Erhöhung des Geschwindigkeitslimits auf Autobahnen. Das Machoprogramm einer modernen SA: Freie Bahn dem Lungenkrebs und dem besoffenen Autoraser. Als Begleitmusik liefert die FPÖ laufend Beiträge zur beliebten Endlosserie „Schlichter Nazi, guter Mann“. So sah die FP-Ortsgruppe aus Orth an der Donau sich gezwungen, einen Gemeinderat und notorischen Jungbraunen auszuschließen. Der Mann wollte nicht einsehen, warum man jetzt, da man endlich an der Macht sei, den völkischen Trieben Zügel anlegen soll und erging sich in Mordaufrufen. Im Bezirk Wiener Neustadt beglückte ein Gemeinderat die Öffentlichkeit mit einer NS-Weihnachtskarte. Da der Mann der FPÖ nicht angehöre, sondern an die Spitze einer FPÖ-Liste gewählt wurde, könne man ihn nicht belangen, so ein freiheitlicher Bezirksfunktionär.

Durch alle Maßnahmen des Bildungsprogramms ziehen sich die Grundsätze schwarzer Pädagogik: härtere Strafen, Leistung und Disziplin, Elitenförderung, christliche Werte, Ghettoklassen für fremdvölkische Fratzen. Vizekanzler Strache kann nicht umsonst auf eine Schulkarriere bei den „Schulbrüdern“ in Wien-Strebersdorf verweisen. Entgegen allen Verpflichtungen der UN-Behindertenkonvention sollen Sonderschulen nicht geschlossen, sondern ausgebaut werden. (Dieser reaktionäre Unsinn wurde aber schon von der abgelösten SPÖ-Bildungsministerin vertreten).

Nach wie vor wurzelt das Frauenbild der FPÖ tief im Nationalsozialismus. Frauen werden von der Vielzahl sozialer Verschlechterungen besonders getroffen, sei es als um Alimentationen säumiger Männer ringende Alleinerziehende, Angestellte in Handel und Tourismus, die nunmehr zwölf Stunden schufteln dürfen, sei es als Pensionistinnen oder Pflegebedürftige. Versprach die FPÖ im Wahlkampf eine längst fällige Valorisierung des Pflegegeldes, so wird nun eine Mini-Erhöhung zum Sankt Nimmerleinstag in Aussicht gestellt, eine gute Konjunkturlage vorausgesetzt. Drei Viertel der Pflegegeldbezieher werden davon nichts haben, und unter den drei Vierteln befinden sich wiederum drei Viertel Frauen. (Die nichtbehinderte SPÖ-Behindertensprecherin entblödete sich nicht, die FPÖ für das gebrochene Wahlversprechen zu tadeln. Nach vielen Jahren mit SPÖ-Sozialministern, die die Valorisierung des Pflegegelds nicht durchsetzten, eine freche Ansage. Solcherart geraten in diesen Tagen alle Auftritte der SPÖ; sie sind eine Melange aus Schockstarre, Amnesie und Indolenz. Ex-Kanzler Kern hat der Partei die Koalition mit der FPÖ vermiest, soll er schauen wie er allein zurechtkommt, denken die Parteigranden und nehmen ein warmes Platzerl vor dem volksgemeinschaftlichen Politofen ein. Die einst stärkste Sozialdemokratie der Welt erfüllt nur mehr eine *einzig*e staatspolitische Funktion: Sie hält der Raiffeisen-Junta und den Nazi-Recken den Rücken frei und garantiert ein Parlament ohne Opposition.

Im August forderte der Abgeordnete Kickl, Chef der FPÖ-Propaganda und jetziger Innenminister, den Austritt Österreichs aus der Europäischen Menschenrechtskonvention. Sie sei nicht geeignet, die „Völkerwanderung“ in den Griff zu kriegen und müsse durch eine „Österreichische Menschenrechtskonvention“ ersetzt werden. Die Menschenrechtskonvention stamme aus der Zeit des "Eisernen Vorhangs“. Was gut und richtig gewesen sei, als es um die Aufnahme von „Opfern des Kommunismus“ ging, taue heutzutage nicht mehr. „Österreich müsse seinen eigenen Weg gehen und dem Beispiel Großbritannien folgen". Kern einer Österreichischen Menschenrechtskonvention sollten als „patriotische Pakete“ die Gewährung von Hilfen am eigenen Kontinent sein – Trachtenjanker und Bierzelte für die Sahara. Der neue FPÖ-Klubobmann Gudenus fordert nun die Kasernierung von Flüchtlingen in Lagern am Wiener Stadtrand. Integration ist *kein* Ziel. Künftig werden Asylwerbern Geld und Handy abgenommen, sie sollen sehen, daß *es in Österreich doch nicht so gemütlich ist.* “ Xenophobie und Rassismus sind in Österreich nicht nur in den Sozialen Medien verbreitet. Ob Polizisten, Krankenschwestern oder Gastwirte; ob in Vorarlberg, in der Steiermark oder Wien – der Hass auf alles Fremde ist allgemein. Auch der Einwand, daß mit steigender Bildung der Hass abnehme, ist Mumpitz. Das Gegenteil ist der Fall: Rassisten der Mitte marschieren gemeinsam mit Nazis, und traditionelle Intellektuelle gehen voran.

Einem Innsbrucker Staatsanwalt sind Deutschkurse für Flüchtlinge ein Dorn im Auge. Man könne nicht wissen, ob sie geimpft und entlaust seien, äußert er in einem Dienstgespräch mit einem Vorgesetzten. Er muß sich einem Disziplinarverfahren unterziehen und wird verurteilt. Das Gesetz verlange von Richtern und Staatsanwälten, sich so zu verhalten, daß das Vertrauen in die Rechtspflege und das Ansehen des Berufsstandes nicht gefährdet wird. Der Verlausungsspezialist bekämpft das Urteil, worauf der Oberste

Gerichtshof das Urteil der ersten Instanz aufhebt. Eine Pflichtverletzung liege nicht vor.

Der scheidende Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Gerhart Holzinger, äußert sich zu den Verschärfungen in der Asylgesetzgebung und bei Überwachungsmaßnahmen. Bei Asyl und Migration gebe es ein Stakkato von immer schärferen Novellen. Nicht die Sache selbst treibt den Höchstrichter aber um, seine Sorge gilt dem rechtspflegerischen Personal, dieses sei mit der Fülle der Novellen überlastet.

Es ist nicht jene oder eine andere Maßnahme, die eine neue Qualität des staatlichen Handelns darstellen, es ist das Ensemble all jener hunderter Verschärfungen, Streichungen und Menschenrechtsverletzungen, das Bündel von schwarzer Pädagogik, Frauen- und Fremdenfeindlichkeit, Sozialabbau, rücksichtsloser Unternehmer- und Millionärsförderung, Chauvinismus, Ausschluß von Randgruppen, Angstpropaganda und hysterischer Demagogie, die es nahelegen, von einer neuen Qualität auszugehen. Ob man die Regierung Kurz als rechtsautoritär, faschistoid oder protofaschistisch klassifiziert, ist eine Geschmacksfrage. Herrschaft ist Hegemonie gepanzert mit Zwang, sagt Gramsci. Für den Zwang sorgen die FPÖ-Sicherheits- und Sozialminister, die rechtsextreme Hegemonie steuert die österreichische Volksgemeinschaft bei. Als das Wiener Neujahrsbaby und die kopftuchtragende Mutter bekannt wurden, reagierten die lieben Landsleute mit hunderten Einträgen. „Wieder ein Terrorist mehr!“ war noch der harmloseste. Österreich im Jubiläumsjahr und vor der Übernahme des EU-Vorsitzes im Juli meldet vor der Geschichte: Hier ist ein Schoß recht fruchtbar noch!

11100

\*) Dollfuß-Lied, dem 1934 von Nazis ermordeten austrofaschistischen Führer gewidmet